# "DEN FRIEDENSNOBELPREIS GEBEN WIR ZURÜCK."

Ursula von der Leyen, nachdem sie eingesehen hat, dass die Abschottungspolitik der EU Menschen tötet.

#seebrücke

## Lobbyburg Europa

Von der Entstehung eines grenzindustriellen Komplexes

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex wird mit Budget, Personal und Befugnissen von immer massiverem Umfang ausgestattet. Die entsprechende Industrie erhält so einen privilegierten Zugang zu diesem Bereich. Zementiert wird damit eine Vorstellung von Grenzkontrolle, die vor allem mit Schusswaffen und biometrischer Überwachung operiert, was sich erheblich auf die Einhaltung von Menschenrechten auswirkt. Das Fazit einer Datenanalyse von Myriam Douo, Luisa Izuzquiza und Margarida Silva. Übersetzung von Elena Stingl

m Mai 2018 äußerte sich eine Sprecherin der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) gegenüber dem Medienunternehmen EUobserver über die glänzende Zukunft der Agentur: "Eine Menge Dinge werden passieren, und es ist gerade mal 2018".

Aus der Begeisterung spricht das rasante Wachstum von Frontex in den letzten Jahren, dessen Budget, Personal und Befugnisse insbesondere seit 2015 - dem Höhepunkt der sogenannten EU-Flüchtlingskrise massiv aufgestockt und ausgebaut wurden.

Traum für die Sicherheitsbranche, Albtraum für Demokratien

Zuletzt wurde Frontex im Jahr 2020 ein Budget von 5,6 Milliarden Euro bewilligt, das größte aller EU-Agenturen. Ein Teil davon soll der Agentur ermöglichen, endlich direkt Ausrüstung zu kaufen (zuvor war Frontex auf die Ausrüstung der Mitgliedsstaaten

angewiesen). Dazu kommt eine Armee von bis zu 10.000 Grenzschutzbeamt\*innen, die Erweiterung der Befugnisse sowie die Erfüllung eines lang gehegten Wunsches: eine eigene Ausrüstung (Schiffe, Kraftfahrzeuge, Flugzeuge, Drohnen, Radargeräte usw.) erwerben und leasen zu können, um nicht mehr von Beiträgen der EU-Mitgliedstaaten abhängig zu sein.

Nicht nur für Frontex wird ein Traum wahr, sondern auch für die Sicherheitsbranche. Sie wittert ihre Chance auf einen neuen Großkunden. Seit 2010 wirbt diese Branche für eine Grenztruppe auf EU-Ebene, und zwar mit genau jenen Befugnissen, die sie nun erhält.

Ein entscheidender Aspekt wurde beim Ausbau von Frontex jedoch immer wieder übersehen: Welche Aufsichts- und Rechenschaftsmechanismen stellen die schnell wachsende Agentur unter eine angemessene demokratische Kontrolle? Dieses Manko macht sich inzwischen bemerkbar.

Hinterland 45

Im Laufe des vergangenen Jahres sind Skandale bekannt geworden, die Frontex in den Mittelpunkt von Menschenrechtsverletzungen und illegalen Pushbacks gerückt haben, was zu Empörung und sogar zu Forderungen führte, die Grenzschutzagentur abzuschaffen. Ferner soll sie dem Europäischen Parlament Auskunft vorenthalten haben und wird derzeit von der EU-Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF wegen Missmanagement und Belästigungsfällen untersucht.

### Auf Kuschelkurs mit Rüstungsplayern

Weniger Aufmerksamkeit erhielt der Skandal um die kuscheligen Beziehungen von Frontex mit der Waffenund Überwachungsindustrie, die sich in den letzten Jahren hinter verschlossenen Türen abspielten. Schlüssel zur Ausweitung und Umsetzung eines immer umfangreicheren Mandats ist der technologie-versessene Ansatz der Agentur bei der Grenzkontrolle, den sie durch die Anwendung modernster Ausrüstung verfolgt.

Sicherheitskonzernen ist das wohl bewusst. Lobbyunterlagen aus drei Jahren zeigen, dass sie ständig neue Produkte und Dienstleistungen für Frontex entwickeln und anbieten, die von der Agentur genutzt werden können, um ihre Kontrolle über die EU-Grenzen zu verschärfen.

Corporate Europe Observatory hat inzwischen den ersten umfassenden Überblick über die entsprechende Lobbyarbeit der Industrie veröffentlicht, sowie eine Analyse der Beziehungen von Frontex zu Akteur\*innen in den Unternehmen. Mehr als 130 Dokumente erhielt die NGO durch öffentliche Anfragen, die einen Einblick in 17 Treffen mit der Industrie zwischen 2017 und 2019 geben.

In diesem Zeitraum traf sich die EU-Grenzschutzagentur mit 108 Unternehmen, um Themen wie Waffen und Munition, Biometrie, Überwachung auf See und aus der Luft, Herzschlagdetektoren und Dokumentenkontrollsysteme zu besprechen. Auffallend ist, dass bei fast allen Gesprächen ausgelassen wurde, wie sich diese Technologien und Produkte auf Menschenrechte auswirken können, etwa das Grundrecht auf Privatsphäre, auf Unschuldsvermutung und Freiheit.

Unsere Analysen ergeben, dass hier ein grenzindustrieller Komplex entsteht; eine mächtige und hochausgestattete EU-Grenzagentur, deren enge Beziehung zur Waffen- und Überwachungsindustrie auf einem gemeinsamen Wunsch beruht: stärkere und besser

ausgestattete physische Grenzen mit aggressiver Überwachung, die allen auferlegt wird, die eine europäischen Außengrenze überschreiten möchten, einschließlich EU-Bürger\*innen.

In diesem Win-Win-Szenario für Europas Grenzschutz und Industrie gleichermaßen, sowie in Ermangelung ausreichender demokratischer Aufsicht, werden die Rechte der Menschen – insbesondere die Grundrechte von Menschen, die migrieren – nicht nur missachtet, sondern dauerhaft gefährdet.

Das Who is Who der Verteidigungs- und Grenzkontrollindustrie

Von 2017 bis 2019 traf sich Frontex mit 138 privaten Organisationen: Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Think Tanks, Universitäten und einer NGO. Den Vorzug erhielten die europäischen Rüstungsunternehmen Airbus und Leonardo, sowie die Cybersicherheitsfirma Gemalto, inzwischen von der Verteidigungsgruppe Thales übernommen, die ebenfalls an Treffen mit Frontex teilnahm; ferner der IT-Service Atos, der Chipkarten-Konzern IDEMIA, der Hersteller biometrischer Geräte und Systeme Jenetric, das Unternehmen für IT-Hochsicherheit secunet und das multinationale Technologieunternehmen Vision-Box.

Die meisten Unternehmen sind europäisch, manche haben ihren Sitz in Japan (NEC), Kanada (Face4Systems) oder Israel (Elbit Systems, Shilat Optronics, Seraphim Optronics).

Die vorliegenden Dokumente zeigen, dass bei Treffen mit diesen Unternehmen mehrere Themen immer wiederkehren: Überwachungsinstrumente wie Sensoren, Drohnen, Kameras; aber auch die Nutzung biometrischer Daten sowie die Beschaffung von Handfeuerwaffen für Frontex-Beamt\*innen. Seltener erwähnt wurden andere umstrittene Methoden wie der Zugriff auf soziale Medien, um Migrationsströme vorherzusehen, oder der Einsatz von Roboterschwärmen zur Grenzkontrolle.

Ein Motiv jedoch teilten alle Positionen der Industrie: Technologie gilt als Lösung für wirklich jedes Problem.

Wenig überraschend gibt es erhebliche Überschneidungen zwischen den Unternehmen, die Lobbyarbeit für Frontex machen, und den Unternehmen, die von der EU dabei profitieren, Europas Mauern zu bauen die physischen wie die virtuellen.

Diese sowie zahlreiche weitere Dokumente können auf der Website corporateeurope.org eingesehen und heruntergeladen werden.



Wer bei den Treffen notorisch fehlte, waren Menschenrechtsorganisationen. Ein beratendes Forum für Menschenrechte, extra eingerichtet, um die Grenzschutzagentur zu beraten, wurde bezüglich der Themen, die *Frontex* mit der Industrie bespricht, nicht konsultiert. Dieses Gremium, das sich aus internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammensetzt, kann *Frontex* hinzuziehen – zu welchen Bereichen jedoch, ist der Grenzschutzagentur selbst überlassen.

Die *Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants*, ein ehemaliges Mitglied des Forums, kann sich nicht daran erinnern, je "irgendein Gespräch zwischen dem Beratungsforum und *Frontex* oder Zugang zu irgendwelchen Informationen in Bezug auf die Beschaffung von Technologien oder Beziehungen zu Sicherheitsfirmen" gehabt zu haben. Die öffentlich einsehbaren Arbeitsprogramme des Forums von 2017 bis 2019 scheinen das zu bestätigen.

Transparenz à la Frontex

Die Beziehung zwischen *Frontex* und Lobbyist\*innen hat die Aufmerksamkeit von Mitgliedern des Europäischen Parlaments erregt. Während des Verfahrens zur Genehmigung des Haushalts der Agentur für 2016 fragten Abgeordnete, wie *Frontex* mit Lobbytreffen umgehe. Die Antwort lautete, dass man "sich nur mit registrierten Lobbyisten trifft, die im EU-Transparenzregister eingetragen sind und jährlich eine Übersicht über die Treffen auf ihrer Website veröffentlichen; 2017 fanden keine Treffen statt".

Diese Antwort passt allerdings nicht mit den Informationen aus den *Frontex*-Akten zusammen. Allein im Jahr 2017 hielt die Agentur mindestens vier Treffen mit Vertreter\*innen der Industrie ab, bei denen sie über biometrische Bewegungsdaten, maritime Analysetools, automatische Untersuchungssysteme und Reiserisikobewertungen diskutierten. Von den 24 privaten Einrichtungen, die an diesen Treffen teilnahmen – die meisten Unternehmen – waren mehr als die Hälfte nicht im EU-Transparenzregister registriert.

Besagte und weitere Vertreter\*innen wurden auch zum jährlichen *European Border and Coast Guard Day* eingeladen, einer Veranstaltung, die *Frontex* ausrichtet, um sich selbst zu feiern, aber auch, um "die Welten des öffentlichen Dienstes und der privaten Industrie zusammenzubringen". Eine Teilnehmerliste wurde uns nicht zur Verfügung gestellt.

Die Diskrepanzen enden hier nicht. In den Jahren 2018 und 2019 tauchen 91 von 125 aller Lobbyist\*innen, die *Frontex* traf, nicht im EU-Transparenzregister auf. Sie besaßen keine Registrierung. Auch die Jahresübersicht der Treffen und selbst die Webseite mit entsprechenden Einladungen scheint unvollständig zu sein. Wir stießen auf Treffen, die weder auf der Webseite veröffentlicht, noch auf Anfrage freigegeben wurden, etwa mit dem Rüstungsunternehmen Leonardo.

Lobbyarbeit: Eine Frage der Definition

Als wir bei *Frontex* nach der Diskrepanz zwischen den Mitteilungen ans Europäische Parlament und der Vorgehensweise im Umgang mit Lobbyarbeit gefragt haben, erhielten wir von der Pressestelle folgende Antwort:

"Frontex trifft sich nicht mit Lobbyisten. In Anbetracht unseres Mandats (Beitrag zur Umsetzung des integrierten Grenzmanagements an den Außengrenzen der EU) und der Tatsache, dass die Agentur keine Rolle im Entscheidungs- bzw. Gesetzgebungsprozess der EU spielt, zieht Frontex kein Interesse von Lobbyisten auf sich."

Eine überraschende Antwort, bedenkt man die Zahl der Interaktionen zwischen *Frontex* und Vertreter\*innen von Wirtschaftsinteressen. Tatsächlich werden laut EU-Transparenzregister (die Grundlage für Lobby-Verordnungen von EU-Institutionen) nicht nur alle Aktivitäten als 'lobbying' definiert, die darauf abzielen, politische Entscheidungsprozesse "direkt oder indirekt zu beeinflussen", sondern auch Aktivitäten zur Gestaltung ihrer Umsetzung.

Frontex erhält den Auftrag, die europäische Grenzund Migrationspolitik umzusetzen, und hat Spielraum bei der Entscheidung, wie das gelingt. Jüngste Reformen haben der Grenzschutzagentur mehr Befugnisse in den Bereichen Einkauf, Forschung und Innovation übertragen. Es ist davon auszugehen, dass das Interesse von Unternehmenslobbys dem Budget und Verantwortungsbereich der Agentur entsprechend wächst.

Wir haben *Frontex* besagte Definition des EU-Transparenzregisters mitgeteilt und sie gebeten, zu klären, warum das nicht auf die Zusammenkünfte mit der Industrie zutreffe. Die Antwort ist alles andere als eindeutig. Erneut wurden Treffen bestritten, allerdings, indem die Agentur folgende Angaben hinzufügte:

Der Bericht auf
Englisch und in
voller Länge:
https://corporateeurope.org/en/lobbyingfortress-europe.
Die vorliegende
Version wurde mit
freundlicher
Genehmigung der
Verfasserinnen
gekürzt und teils
umgestellt.

"Frontex lädt Unternehmensvertreter ein, an den Industry Days der Agentur teilzunehmen, die Grenzkontrollbeamten die Möglichkeit bieten sollen, sich über neue Technologien und Innovationen im Zusammenhang mit der Grenzkontrolle zu informieren. Frontex trifft sich auch während offener Informative Meetings (in Bezug auf das offene Vergabeverfahren) mit Beamten, sowie in der Phase der Vertragsumsetzung (u.a. kick off meetings)."

Weiter heißt es in der Antwort: "Während Treffen zur Vereinbarung der 'Vertragsumsetzung' nicht als Lobbyarbeit angesehen werden sollten, da diese Unternehmen eine Dienstleistung erbringen, gibt es noch keinen Grund, warum die Industry Days der Agentur dies nicht würden. Von den 17 Treffen, die uns bekannt sind, bezogen sich nur drei auf EUfinanzierte Projekte oder Dienstleistungsverträge."

## Demokratische Kontrollmechanismen in der Warteschleife

Unabhängig davon, wie Frontex Interaktionen mit der Industrie selbst definiert, hat das Europäische Parlament nicht lockergelassen. Im Zuge von Verhandlungen über die Erweiterung von Frontex, forderte das Europäische Parlament die Agentur auf, ein System der Lobbytransparenz "mittels eines Transparenzregisters und der Offenlegung aller ihrer Treffen mit Drittparteien" einzuführen. Frontex teilte Statewatch mit, dass ein solches Register "in Vorbereitung" sei und man beabsichtige, "das Programm und ein voll umfängliches Verfahren bis spätestens Anfang 2021 zu entwickeln". Bis jetzt (Februar 2021) ist dieses Verfahren immer noch nicht verfügbar.

Es scheint allerdings, dass noch einiges an Arbeit nötig sein wird, um für ein stabiles Register zu sorgen angefangen damit, sich auf eine klare Definition zu einigen, was Lobbyarbeit ist, und zwar in Übereinstimmung mit der EU-Praxis.

Aus den uns vorliegenden Dokumenten geht hervor, dass die Agentur regelmäßig in Kontakt mit der Verteidigungs- und Überwachungsindustrie steht; eine Industrie, auf die Frontex für heutige Lösungen zur Umsetzung von EU-Grenz- und Migrationspolitik, aber auch zur Vorbereitung auf die Zukunft, angewiesen ist.

Das ist kein neutrales Phänomen. Ziel der Unternehmen ist es, "Grenzkontrollexperten" zu werden - auf Kosten von Migrant\*innen und Geflohenen, die sie oft als Bedrohung darstellen; eine Bedrohung, der nur durch die Investition öffentlicher Gelder in die Überwachungs- und Verteidigungsprodukte dieser Konzerne vorgebeugt werden könne.

Das Werbematerial der Industrie hat ein Thema gemeinsam: Migrant\*innen werden nicht als Subjekte betrachtet, die Grenzen überschreiten, sondern als Objekte, die verwaltet werden müssen; Migration wird als Bedrohung inszeniert, oft in Verbindung mit Terrorismus und Kriminalität. Diese Angstmacherei kann zu einer erhöhten Nachfrage nach Biotechnologien, Überwachungsinstrumenten und Schusswaffen führen. Die Waffenindustrie weiß das und nutzt es zu ihrem Vorteil.

Angesichts der wachsenden Macht von Frontex und dessen umfangreicheren Budget, ist davon auszugehen, dass sich auch die Beziehung zur Industrie intensivieren. Dasselbe sollte für die Kontrolle gelten. Der Druck des Europäischen Parlaments auf die Agentur, ein Register für Lobbytreffen zu erstellen, ist eine gute Entwicklung. Dass Frontex jedoch bestreitet, Lobbyarbeit überhaupt zu betreiben, zeigt bereits, wie wichtig die Details der Gestaltung und Umsetzung dieses Registers sein werden.

### Beunruhigende Schlüsse

Die Schlüsse, die wir aus unserer Analyse ziehen, sind extrem besorgniserregend. Sie machen eine Migrationspolitik deutlich, die sich auf bewaffnete Polizeikräfte an den Grenzen und auf biometrische Überwachung von Menschen verlässt, ob EU-Bürger\*in oder nicht.

Der Umgang der EU mit Reisenden, Migrant\*innen und Geflohenen sollte vor allem durch den Schutz von Menschenrechten geprägt sein. Diese Aufgabe ist zu wichtig, um sie den profitorientierten Interessen von Rüstungsunternehmen zu überlassen.

Es ist dringend notwendig, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre Migrationspolitik überarbeiten, einschließlich der Rolle von Frontex. Das mindeste wäre es, das unbändige Vorgehen von Frontex nicht länger zu tolerieren, und dafür müssen ernsthafte Rechenschafts- und Kontrollmechanismen eingeführt werden.<

Myriam Douo ist Journalistin, Aktivistin und Mitglied der **Equinox Initiative** for Racial Justice.

Luisa Izuzquiza ist Aktivistin und Forscherin, u.a. für FragDenStaat und Corporate Europe Observatory.

Margarida Silva ist Aktivistin und Mitglied im Team von Corporate Europe Observa-

Elena Stingl promoviert in Berlin mit einer Arbeit über die Geschichte der europäischen Arbeiter\*innenbewegung.